

Zeitschrift: Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung
Herausgeber: Pro Senectute Schweiz
Band: 82 (2004)
Heft: 1-2

Artikel: Dafür und dagegen : darf ein Brief so teuer sein?
Autor: Spengler, Liselotte / Bachmann, Jacqueline
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-721264>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Darf ein Brief so teuer sein?

Einen Franken beträgt das Porto für einen A-Post-Brief seit dem 1. Januar 2004, und ein B-Post-Brief kostet 85 Rappen. Die Post gehört zum Service public. Ist der Preisaufschlag damit gerechtfertigt?

Die Schweizerische Post ist bei den Laufzeiten – also Schnelligkeit und Zuverlässigkeit – weltweit einer der Spitzentreiter. Bei den Preisen eines A- oder B-Post-Briefs liegt sie hingegen im Mittelfeld oder gar am Schluss.

Die Post steht vor grossen Herausforderungen. Zwar erzielte sie 2002 einen Konzerngewinn von 204 Millionen Franken, doch PostMail (Briefe) rutschte erstmals in die roten Zahlen. Ein verändertes Kundenverhalten – Kontoauszüge werden oft nur noch monatlich verschickt – und die erstmals spürbare Substitution (Briefe werden immer mehr durch E-Mails ersetzt) verschärfen die Situation. Wir rechnen mit einem Briefvolumenrückgang um zehn Prozent bis 2010.

Um die Finanzierung eines Service public zu sichern – die Post gleicht im Poststellennetz jedes Jahr ein Defizit von mehr als 500 Millionen Franken aus – sind verschiedene Reformen im Gang. Auch Preisankündigungen sind notwendig. Deshalb haben wir im letzten Frühling dem Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) einen



DAFÜR: Liselotte Spengler,
Mediensprecherin der Schweizerischen Post

Antrag auf Erhöhung des Tarifs für die A-Post auf einen Franken und für jenen der B-Post auf 85 Rappen gestellt. Das Uvek hat diesem Antrag im Sommer zugestimmt.

Darf ein Brief so teuer sein? Ein Privathaushalt verschielt pro Jahr im Durchschnitt etwa 20 A-Post-Briefe, 30 B-Post-Briefe und einen Lettre Signature oder Lettre Assurance. Die Preisankündigungen führen so zu Mehrkosten von durchschnittlich acht Franken jährlich. Eine moderate Anpassung – auch wenn man bedenkt, dass die Preise wieder für Jahre gelten werden. (A- und B-Post wurden letztmals 1996 teurer.) Die Post wird damit wieder besser in der Lage sein, den Service public zu finanzieren.

Postchef Ulrich Gygi hat nicht einfach, und ich beneide ihn nicht um den Spagat, den er mit seinem Unternehmen vollführen muss: Der politische Wille befiehlt, ein flächendeckendes Poststellennetz zu führen. Das ist in Ordnung, denn die Leistungen der Post sind ein Service public. Das bedeutet: Zugang zu den Dienstleistungen der Post für alle, und zwar ohne Diskriminierung. Also auch dort, wo's nicht rentiert.

Der politische Wille befiehlt aber auch, dass es für die Post keine staatliche Abgeltung geben soll – die Post muss kostendeckend arbeiten. Das ist ein Unterfangen, das die Wirtschaft so nicht kennt. Die Massnahmen, welche die Post nun ergreift, um diesen Spagat zu versuchen, verärgern jedoch uns Konsumentinnen und Konsumenten: Poststellen werden geschlossen, Dienstleistungen, die bisher gratis waren, kosten plötzlich oder verschwinden schlicht.

Ein Problem ist auch, dass viel weniger Briefe gesendet werden, E-Mail und SMS sind unter anderem daran schuld.



DAGEGEN: Jacqueline Bachmann,
Geschäftsführerin der Stiftung
für Konsumentenschutz SKS

Der Bundesrat hat nun der Post bewilligt, die Tarife für A- und B-Post zu erhöhen. So greifen jene, welche weiterhin Briefe schreiben wollen und müssen, fürs Porto seit dem 1. Januar wieder tiefer in die Tasche.

Ich meine: Wenn die Erträge der Post nicht ausreichen, um einen anständigen Service public zu erbringen, soll der Bund mit Steuergeldern für die ungedeckten Kosten aufkommen. Dann bezahlen wir alle einkommensabhängig an den Service public. Eine Preiserhöhung hier und ein Leistungsabbau dort – das bringt uns nur Ärger und der Post Minuspunkte. Der gelbe Riese wird so zum gelben Schrecken – und das ist doch schade.